



Volk und Kantone haben in Sachen Endlagerstandorte für hochradioaktive Abfälle nichts mehr zu sagen. Das letzte Wort ist trotzdem noch nicht gesprochen.

Es begann Ende der Fünfzigerjahre. Die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki waren der Menschheit noch in wacher Erinnerung. Die atomare Abrüstung war zwar ein Thema. Aber Atomwaffentests und Aufrüstung waren Fakt. Die Beruhigungspropaganda verstieg sich 1957 noch in die Behauptung, Radiumleuchtziffern von Uhren seien gefährlicher als radioaktive Niederschläge von Versuchsexplosionen. Und als Fortschritt der künftigen Kriegsführung wurde gar Edward Tellers «saubere Wasserstoffbombe für den Weltfrieden» hochgejubelt.

Albert Schweitzer ...

Neben zahlreichen Wissenschaftlern ist Albert Schweitzer (†1965) noch im hohen Alter bei zahlreichen Anlässen und Radiosendungen aufgetreten. Er hat Öffentlichkeit und Regierende eindringlich vor den vielfachen, irreparablen Folgen der Radioaktivität für die Biosphäre und aller ihrer Lebewesen gewarnt.

Quasi im Schatten dieser Debatten konnte sich dann die «friedliche Nutzung» der Atomtechnologie in Form von Atomkraftwerken etablieren. Die neue Technologie verhies goldene Zeiten. Billig, sauber und im Überfluss würde Atomstrom verfügbar sein. Der Einbau von Stromzählern würde sich kaum noch lohnen. Und überhaupt, der Mangel an Arbeitskräften könne durch Einsatz günstiger Energie kompensiert werden. Weltweit signalisierten Kühltürme den Fortschritt. So auch in der Schweiz unter den Namen Beznau 1 und 2, Mühleberg, Gösgen, und Leibstadt. Im Hinblick darauf wurden sogar die Bauvorbereitungen zum Rheinkraftwerk Koblenz abgebrochen. Zu den AKW Graben, Kaiseraugst, Verbois, Rüthi, Inwil und Rheinklingen (!) kam es indessen nicht mehr.

... und Robert Jungk

Einen Namen im Kampf gegen die militärische und zivile Nutzung der Atomtechnologie hat sich auch der Zukunftsforscher Robert Jungk (†1994) – übrigens langjähriger Abonnent unseres Organs ÜSI MEINIG –, gemacht. Nebst den technischen Gefahren, die er scharfsinnig analysierte, hat er auch die Aushöhlung demokratischer Strukturen vorausgesehen (Jungk: Der Atomstaat, 1977), und davor gewarnt, dass dereinst technische Zwänge an die Stelle demokratischer Entscheide träten.

Wie recht er doch hatte! Wurde dem Volk doch durch das im nächsten Jahr in Kraft tretende Kernenergiegesetz (KEG) die Mitsprachemöglichkeit in Sachen Endlagerstandorte entzogen. Man darf dreimal raten, welche Schaffhauser Bundesparlamentarier auch dazu beigetragen haben.

Die internationale Kundgebung

Unter diesen Vorzeichen fand am 12. September am ehemaligen NAGRA-Bohrplatz bei Benken (ZH) eine Kundgebung statt, organisiert durch den Verein «**KLAR! SCHWEIZ**» (Kein Leben mit Atomaren Risiken)¹. Während die Schaffhauser Nachrichten von mehr als tausend Teilnehmern berichtete, nannte das Schaffhauser Fernsehen deren zweitausend.

Gefordert wurden:

- Transparenz bei der Standortauswahl
- Mitspracherechte der betroffenen Bevölkerung diesseits und jenseits der Landesgrenze
- Ein wissenschaftliches Second-Team, welches die Tätigkeit der mit der Stromwirtschaft verfilzten NAGRA unter die Lupe nimmt

Auch sozio-ökonomische Auswirkungen innerhalb einer «Atommüllregion» kamen zur Sprache.

Schaffhausen wo?

Enttäuschend war, dass die Schaffhauser Kantonsregierung nicht vertreten war, obwohl ihr ja die Kantonsverfassung gerade in diesem Punkt keine Zurückhaltung auferlegt hätte.

Dafür redete Nationalrat Hans-Jürg Fehr Klar-text: Man sei nicht nur gegen das Endlager, sondern auch gegen die Atomenergie! Will heissen: Kein Endlager, um dank diesem desto entsorgter weiter produzieren zu können.

Fakt ist zudem: Das Verharren auf einer Technologie, die ihre Folgekosten künftigen Generationen aufbürden darf, hält mit diesem Konkurrenzvorteil zugleich die Entwicklung erneuerbarer und dezentraler Energieformen künstlich unter ihrem möglichen Stand!

Überhaupt gewann man den Eindruck, das Interesse der näheren und weiteren deutschen Nachbarschaft und gar des Elsass¹, sei sehr gross gewesen und prominent und vielseitig vertreten worden. Entsprechend fiel auch das Echo in den deutschen Medien aus, indem diese den Anlass ausführlich abhandelten und den Standort Benken durch seine Nähe zum Rheinfluss veranschaulichten. Die teilnehmenden Bundes- und Landtagsabgeordneten, Bürgermeister, Gemeinderäte und Kreistagsmitglieder wurden in den Berichterstattungen namentlich aufgezählt.

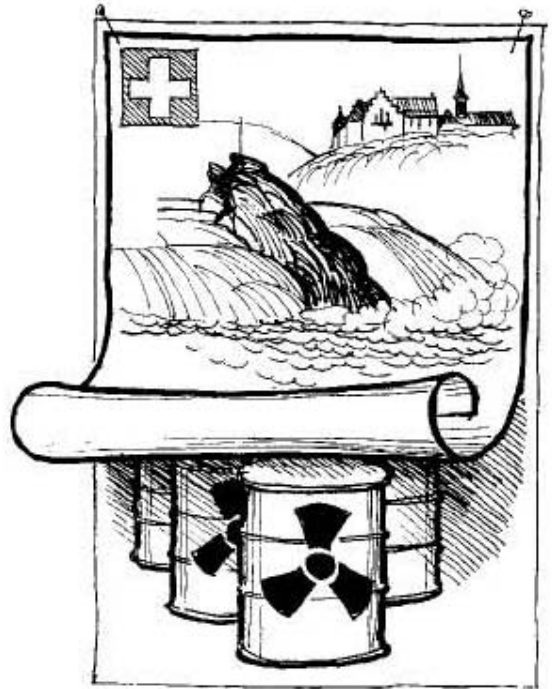
Die Mär: Atomstrom ist umweltfreundlich

Die Stromwirtschaft wird dies kaum beeindruckt haben, im Gegenteil. In ihrer jüngsten, im übrigen informativen Postille «strom» 3/2004, stellt sie Atomstrom mit erneuerbaren Energien auf die gleiche Stufe.

Zitat: «Und nicht zu vergessen:

Auch die Kernenergie ist CO₂-frei ...».

Was freilich an Volksverdummung grenzt. Dem Publikum wird suggeriert, die CO₂-Rechnung beginne zum Zeitpunkt des Einsatzes der Brennstäbe im Reaktor. Vor- und nachgelagerte Prozesse werden verschwiegen. Welche Energiearten lange zuvor für Uranabbau und -verarbeitung verpufften und CO₂ freisetzten, scheint nicht zu interessieren. Ebenso wenig die strahlenden Abraumhalden in den Fördergebieten und das Schicksal der dort wohnenden und arbeitenden Ameisen – äh, Menschen! Beispiel: Die Gewinnung von nur 2,5 kg Uranoxyd bedingt den Abbau von ca. 10 Tonnen Uranerz.



Das letzte Wort in Sachen Endlagerung ist indessen noch nicht gesprochen: Die NAGRA muss weitere Alternativen für ein Tiefenlager für hochradioaktive Abfälle nachvollziehbar aufzeigen. Die dazu notwendigen Beurteilungsregeln werden in einem Sachplan festgeschrieben, in dessen Erarbeitung weitere Bundesstellen, die Kantone und das benachbarte Ausland einbezogen werden. So hat es Bundesrat Moritz Leuenberger am 28. September 2004 von der NAGRA verlangt.

Hugo Mahler

¹ www.klar-schweiz.com
info@klar-schweiz.com
Klar! Schweiz
Steig 1
8645 Rudolfingen

Zeichnung:

Aus Wanderausstellung «Atomarer R(h)einfluss» des BUND (Bund Umwelt u. Naturschutz Deutschlands).